

**A**n diesem Samstag will die Partei »Die Rechte« im Karlsruher Stadtteil Durlach aufmarschieren. Dann versammeln sich die Neonazis unter dem Motto »Tag der deutschen Zukunft« in Ihrer Stadt. Warum haben sie sich gerade für Karlsruhe entschieden?

Leider kommt es schon seit vielen Jahren immer wieder zu solchen Aufmärschen in Karlsruhe. Im Mai 2013 hatte sich die Stadt sehr offensiv hinter die Demonstration des Bündnisses gegen die Neonazis gestellt und die zentrale Protestkundgebung selbst organisiert. Dafür gab es vom zuständigen Gericht einen Ruffel, weil man die Demonstrationsfreiheit der Neonazis behindert habe. Seitdem agieren Stadt und Oberbürgermeister übervorsichtig. Die rechte Szene kann seit rund zwei Jahren ungehindert »Stadtspaziergänge« in Karlsruhe organisieren und hat dies über einen langen Zeitraum sogar 14tägig gemacht. Die Polizei schützt diese Rechtspopulisten und Neonazis. Gegendemonstranten ist – zwar nicht immer, aber doch sehr oft – von der Polizei mit überzogener Härte begegnet worden. Die Neonazis fühlen sich in der Stadt, in der das Bundesverfassungsgericht seinen Sitz hat, ausgesprochen wohl. Ihnen wird beinahe sogar der rote Teppich ausgerollt, als ob sie wichtige Staatsgäste wären.

**Hätten Sie sich gewünscht, dass die neuerliche Provokation der Neonazis von der Stadt oder den zuständigen Gerichten verboten worden wäre?**

Eindeutig ja. Offensichtlich ist es aber so, dass die Neonazis die Demonstrationsfreiheit wie die Monstranz in einer Prozession vor sich hertragen können.

**Für Samstag rufen beinahe 150 verschiedene Organisationen, darunter Gewerkschaften, die Stadt, Kirchen, viele soziale Einrichtungen und Verbände, natürlich auch antifaschistische Gruppierungen, Die Linke und andere Parteien wie die DKP zu diversen Aktionen gegen den Aufmarsch auf. Was ist geplant?**

In Karlsruhe hat es Tradition, dass es ein Bündnis aus der bürgerlichen Zivilgesellschaft und linken, antifaschistischen Organisationen gibt. Das ist in der Organisationsphase manchmal schwierig. Es gab und gibt auch diesmal ein Konzept, das den einzelnen Gruppierungen Gestaltungsspielräume lässt. Es gibt eine zentrale Kundgebung, auf der neben dem Oberbürgermeister und dem DGB-Landeschef auch die Karlsruher Bundestagsabgeordnete Karin Binder von der Linkspartei spricht. Das ist wichtig, denn Karin Binder gilt in der Stadt als glaubwürdige und engagierte Antifaschistin. Es wird eine Demonstration durch das Zentrum von Karlsruhe-Durlach veranstaltet, und es gibt verschiedene Zwischenkundgebungen auf der Strecke.



Etwa 4.500 Neonazis zogen zum »Tag der deutschen Zukunft« im Juni 2012 durch den Hamburger Stadtteil Wandsbek

## »Neonazis wird fast der rote Teppich ausgerollt«

Aufmarsch extremer Rechter am Sonnabend in Karlsruhe. Polizei warnt hingegen vor »Linksextremisten«. Vielfältige Gegendemonstrationen. **Ein Gespräch mit Elwis Capece**

**In der Vergangenheit kam es bei ähnlichen Protesten zu teils äußerst brutalen Übergriffen auf antifaschistische Demonstranten. Zugleich warnten Vertreter der Stadt vor angeblichen »Linksextremisten«. Sind unter diesen Gesichtspunkten gemeinsame Aktionen überhaupt möglich?**

Dass sich hier die gewaltbereite Neonaziszene sammelt, spielt bei der Versammlungsbehörde und der Polizei leider eine untergeordnete Rolle. Viel mehr Energie wird dafür verwendet, vor »Linksextremisten« zu warnen. Wir werfen den zuständigen Ordnungskräften vor, ganz bewusst für Unsicherheit und Verwirrung in der Stadt zu sorgen. Anders kann man es nicht bewerten, wenn die Polizei 4.000 Beamte ins Feld führen will



Elwis Capece ist Gewerkschaftssekretär bei der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) und deren Geschäftsführer für die Regionen Karlsruhe und Mannheim. Außerdem ist er Pressesprecher des antifaschistischen Netzwerks »Karlsruhe gegen rechts«

und schon vorab mit berittener Polizei, Hundestaffeln und Wasserwerfern droht. Darüber freuen sich die Neonazis riesig. Wir lassen uns aber von den geplanten Aktionen nicht abbringen, und das breite Anti-Neonazi-Bündnis spricht für uns.

**In anderen Städten finden Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie etwa friedliche Sitzblockaden, statt, um Aufmärsche von Rassisten zu stoppen. Ist dies auch in Karlsruhe geplant?**

Aktionen des zivilen Ungehorsams werden nicht geplant und angekündigt. Es ergibt sich aus der Situation, ob es hierzu kommt. **Sie sind Gewerkschaftssekretär der NGG. Wieviel Gefahr geht von den Neonazis für Gewerkschaften aus?**

Während der Nazidiktatur sind Gewerkschafterin-

nen und Gewerkschafter verfolgt, eingesperrt und umgebracht worden. Das sagt eigentlich schon alles.

**Trotzdem sorgen Meldungen, dass nicht wenige Gewerkschafter anfällig für Rassismus seien und in manchen Bundesländern überdurchschnittlich viele für die AfD votiert hätten, immer wieder für Schlagzeilen. Was können die Gewerkschaften dem entgegen-**

**setzen?** Auch viele Gewerkschaftsmitglieder haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Fremde Menschen werden als Konkurrenz betrachtet und deshalb abgelehnt. So denkt aber nicht die Mehrheit unserer Mitglieder.

**Trotzdem: Was tun?**

Wir müssen stärker für eine echte Umverteilung streiten. Und mehr Druck auf die Politik ausüben, damit es endlich Perspektiven für Frauen und Männern in prekären Beschäftigungsverhältnissen, in Leiharbeit und befristeten Jobs gibt. Das ist für eine tolerante und solidarische Gesellschaft wichtig.

Interview: Markus Bernhardt

## Polizei entwirft Bürgerkriegsszenario

Karlsruher Behördenchef prophezeit Gewalt, Beschädigungen und Verletzte

**A**m kommenden Sonnabend wird in Karlsruhe der von der Partei »Die Rechte« ausgerichtete »Tag der deutschen Zukunft« (TddZ) veranstaltet. Der TddZ findet nunmehr zum neunten Mal statt.

Während verschiedene antifaschistische Organisationen, Gewerkschaften, linke Parteien, die Organisatoren des örtlichen Christopher Street Days (CSD) und Vertreter aus Kunst und Kultur zu Protesten gegen die Provokation der

militanten Rechten aufrufen, üben sich die Vertreter der Stadt Karlsruhe und der Polizei in Stimmungsmache gegen die Neonazigeegner. Polizeipräsident Günther Freisleben erklärte mit Blick auf antifaschistische Proteste, wer andere an der Ausübung ihres Demonstrationsrechts hindere, habe »sein eigenes Demonstrationsrecht versagt«. Zudem kam Freisleben zu der Einschätzung, dass nur etwa ein Drittel der für Sonnabend erwarteten Neonazis gewaltbereit

seien. Zugleich warnte er vor rund hundert angeblich »extrem gewaltbereiten« Antifa-Anhängern. Es müsse davon ausgegangen werden, dass es im Rahmen der Proteste zu Gewalt, Beschädigungen und Verletzten kommen werde. Insgesamt rechnen die Beamten mit rund 6.500 Neonazigeegnern.

In einem offenen Brief wandte sich Freisleben gemeinsam mit dem Karlsruher Bürgermeister Wolfram Jäger (CDU) an die Bevölkerung. »Blocka-

den oder rechtswidrige Angriffe gegen rechtmäßige Demonstrationen« könnten »strafrechtliche Tatbestände erfüllen«, schreiben sie darin.

Antifaschisten wollen sich hingegen von den verklausulierten Drohgebärden nicht einschüchtern lassen. Dies, obwohl es in der Vergangenheit im Rahmen antifaschistischer Protestaktionen nicht selten zu teils brutalen Übergriffen der eingesetzten Polizei kam (jW berichtete). **Markus Bernhardt**

### ■ Hintergrund Widerspruch zum Grundgesetz

■ Anlässlich der antifaschistischen Proteste gegen den »Tag der deutschen Zukunft« der Partei »Die Rechte« am kommenden Sonnabend haben die DKP und die »Libertäre Gruppe« aus Karlsruhe Stellungnahmen veröffentlicht, jW dokumentiert Auszüge.

■ Der Kreisverband der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) erklärte am Mittwoch:

»Am 3. Juni 2017 zeigt Karlsruhe »Flagge gegen Hass und Gewalt« mit vielfältigen Aktionen, während gleichzeitig 800 oder mehr Nazis in Begleitung von über 3.000 Polizisten durch den Stadtteil Karlsruhe-Durlach marschieren dürfen. Hinter all den vielen bunten Flaggen und starken öffentlichen Signalen verschwindet die schlichte Tatsache, dass die Stadt trotz alledem den politischen Nachkommen von SS und NSDAP ein Recht auf faschistische Propaganda zugesteht.

(...) Der rechte Aufmarsch in Karlsruhe trifft auf breite und motivierte Zurückweisung in der Bevölkerung, gerade auch im Geist und Wort des Grundgesetzes, so dass schon mal 3.000 Polizisten erforderlich sind, um diesen Widerspruch zum Grundgesetz gegen die demokratische Öffentlichkeit durchzusetzen. Bereits 96 Stunden vor dem eigentlichen Naziaufmarsch wird über Durlach quasi der Ausnahmezustand verhängt. Hilflöse Gesten, Flaggen und Zeichen reichen nicht aus, sie müssen ergänzt werden durch ein politisch breit getragenes Verbot. Hier versagt die Stadt Karlsruhe mit Blick auf die deutsche Geschichte, weil sie vor lauter Zeichen vor einer robusten Vorgehensweise zurückschreckt. Es ist eine Schande, dass die Stadt kein Verbotverfahren angestrengt hat. Statt dessen breitet sie den Nazis den roten Teppich aus, mit einem Polizeiaufgebot, wie es sonst nur zum Schutz von Staatsgästen aufgefahren wird.«

■ Die »Libertäre Gruppe Karlsruhe« erklärte am Dienstag:

(...) Mit der Begründung der Meinungsfreiheit machen sich die Stadt Karlsruhe und die Ordnungsbehörden, allen voran die Polizei, zum Steigbügelhalter der Nazis an diesem Tag (...). Weiträumig soll ihre Demonstrationsroute abgesperrt und ihr Aufmarsch mit allen Mitteln durchgesetzt werden. (...) Der wohl größte Polizeieinsatz Baden-Württembergs steht bevor. (...) Während der Gegenprotest in der Öffentlichkeit kriminalisiert und gespalten wird, der Oberbürgermeister ein übriges tut, freuen sich die Neonazis über dieses Vorgehen. (...) Die Stadt Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Polizei bereitet abermals den Nazis eine Wohlfühlzone. (...) Die Polizei kündigt an, den Aufmarsch mit allen Mitteln durchzusetzen und fährt dafür schweres Gerät auf. Das sind Methoden autoritärer Regime, sie haben mit Deeskalation nichts zu tun. (...)«